

# Gewerkschafter/innen

## *gegen Atomenergie und Krieg*

---



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien  
E-mail: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at)

Nr. 2, Juni 2009

## Liebe Kolleginnen und Kollegen!

### Wir zahlen nicht für eure Krise!

Unter diesem Motto fanden in ganz Europa am 28. März Demonstrationen statt, an denen 10 000de Menschen teilnahmen. Auch in Wien waren es ca. 8 000 Teilnehmer. Die Aussage „Wir zahlen nicht für eure Krise“ ist als Losung, als Aufforderung zu verstehen. Es muss damit Schluss sein, dass in unserem System bis heute immer die Masse der Menschen über ihre Steuern und Abgaben für die Krisen und ihre Folgen zahlen, während einige wenige Riesenspekulanten, große Konzerne, Großbanken, Versicherungen, Fonds, multinationalen Konzerne zum Teil bis heute gigantische Milliarden Gewinne machen.

„Gürtel enger schnallen“ – Kurzarbeit, Lohndumping, Arbeitslosigkeit, Preis u.-Steuererhöhungen für die große Masse der Menschen, riesige Profite für eine Handvoll Superreiche, das ist seit je her die Devise.

Und jetzt noch dazu, in der Weltwirtschaftskrise, werden, welche Frechheit, gerade überall in der westlichen Welt, die Riesendefizite, die ein Teil der Großbanken, Versicherungen etc. „angesammelt“ haben, mit Milliarden an Steuergeldern ausgeglichen, sodass die Profite derer, die diese Defizite verursacht haben, wieder garantiert werden und die Aktionäre weiter ihre Gewinne machen.

„Die Gewinne privatisieren, die Verluste verstaatlichen“, das ist das Motto im Kapitalismus.

Schon seit jeher. Nun, in der größten Krise seit 1929, zeigt sich das deutlicher denn je.

Und die Krise bringt ebenso eine weitere Umverteilung der Einkommen von unten nach oben mit sich.

Die Weltwirtschaftskrise hat nun viele Menschen dazu gebracht, eine Kontrolle der Banken, der Fonds, eine Regulierung bzw. Begrenzung der gigantischen Spekulation zu verlangen, damit in Zukunft nicht wieder die Völker die Folgen der Finanzspekulation auszubaden haben. Nicht wenig meinen sogar, es braucht eine grundlegende Änderung der herrschenden Gesetze, ja viele meinen, des herrschenden Systems.

Doch die Regierenden denken nicht einmal an eine wirkliche Beschränkung des Kapitalmarktes, denn die gesamte Politik richtet sich ja letztlich nach den Interessen des internationalen Finanzkapitals und ist diesem untergeordnet.

So haben die Regierungschefs der 20 wichtigsten Industriestaaten „der westlichen Welt“ auf ihrem letzten Treffen nicht zufällig keinerlei verbindliche Übereinkommen zur Kontrolle der weltweiten Finanzwirtschaft beschlossen.

Sie haben, im Gegenteil, unter anderem dem „Internationalen Weltwährungsfond“ (IWF) kräftige Kapitalspritzen gegeben, damit dieser seine Kreditpolitik in der dritten Welt fortsetzen kann. Er vergibt Anleihen an die Länder der dritten Welt, mit Auflagen der Deregulierung, Privatisierung, sodass das ausländische Kapital die Werte des Landes

billig aufkaufen kann. Es kommt zur Erhöhung der Zinsrate, Abwertung der lokalen Währungen, Abwälzungen der Schuldenlasten auf die Bevölkerung. Während die meisten Menschen in den Schuldnerländern des IWF (und der Weltbank) weiter verarmen, bereichert sich eine kleine herrschende Clique dort maßlos und es kommt es zum Ausverkauf des Volksvermögens an ausländische Konzerne.

Während also für die dritte Welt, nach westlichem Diktat, mehr privat – weniger Staat gilt, lautet das Motto bei den westlichen Industriestaaten, wie erwähnt, **stattlich (= p r i v a t) sind immer die P r o f i t e, stattlich (=s t a a t l i c h) die V e r l u s t e!**

Auch bei uns wird bis heute propagiert, dass in der Wirtschaft, aber auch in Bezug auf viele öffentliche Aufgaben des Staates, die Privatisierung das Allheilmittel ist. Privatisiert wird jedoch nur was Profit bringt oder um staatliche Firmen zu ruinieren, um den Kuchen der privaten Konkurrenz hinzuwerfen. Heute, in der großen Krise, wird das klarer denn je. Alle westlichen Regierungen, in Europa ebenso wie in den USA, verstaatlichen die Verluste der riesigen privaten Institutionen der Finanzwirtschaft, das heißt, wir zahlen wieder die Zeche.

In Bezug auf die US-Politik dazu Noam Chomsky, prominenter amerikanischer Wissenschaftler. Er fragt: „Und was tun wir? (die USA). Wir machen genau das Gegenteil. Wir vergessen die Schulden, lassen sie explodieren. Wir senken die Zinsen auf Null, um unsere Wirtschaft anzuregen. Wir pumpen Geld in die Wirtschaft und schaffen so eine noch höhere Verschuldung. Wir privatisieren nicht, sondern verstaatlichen – nur nennen wir es nicht 'Verstaatlichung', wir geben der Sache einen anderen Namen, zum Beispiel 'Bailout' (Auslöse). Im Grunde handelt es sich dabei aber um Verstaatlichung ohne Kontrolle. Wir schütten unser Geld in die Institutionen. Wir haben die 'Dritte Welt' dazu gebracht, den 'Freien Handel' zu akzeptieren, während wir selbst Protektionismus akzeptieren.“ (Noam Chomsky Interview 14.04.2009 in Democracy Now in: Znet.)

Zur Erinnerung: Die Regierung Bush hatte noch 2008 mindestens 1200 Milliarden Dollar als Bankenhilfspaket an die Banken verschenkt. Obama hat ebenfalls schon ca. 600 Milliarden Dollar an Steuergeldern an die „Finanzhaie“ ausgeschüttet. Das gleiche in Europa! In Österreich gibt es bis heute 85 Milliarden € Haftung und 15 Milliarden € direkt für die Banken aus Steuergeldern. Die Banken, die die Kredite erhalten haben, sollen sich, so der Vertrag, bemühen, die vereinbarten Zinsen pro Jahr zurückzuzahlen. Ist ihre Jahresbilanz aber negativ, was bei zwei Banken 2008 der Fall war, dann werden ihnen die Zinsen erlassen. Das heißt, dass der österreichische Steuerzahler, also wir alle,

in diesem Fall um ca. 60 Millionen € allein an Zinsen für 2008 umgefallen ist. schon jetzt drohen dem Staat durch Zinsausfälle bei Hypo Group und Volksbanken Verluste von bis zu 165 Millionen Euro – denn laut Bankenpaket müssen in Verlustjahren keine Zinsen gezahlt werden. Was für eine Frechheit! Wenn ein Kleinkreditkunde heute 5000.- € oder 1000.- € Kredit von einer Bank will, bekommt er sie oft gar nicht oder zu 8% und mehr. Und falls er einmal die Kreditraten nicht zurückzahlen kann, kann dies das Fälligstellen des Kredits zur Folge haben.

Die Weltwirtschaftskrise hat in Österreich unter anderem die seit langem größte Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Arbeitslosigkeit beträgt bei uns im Frühjahr ca. 350 000., das ist schon eine Zunahme um ca. 25 % im Vergleich zum Vorjahr. Und für Herbst werden sogar schon 500 000. Arbeitslose prognostiziert. Die offizielle Arbeitslosenrate war im Mai 2008 3,5%, für heuer wird 5,3%, für 2010 6,5% prognostiziert. Und 2011 soll es wirtschaftlich, laut Experten, noch schlechter werden!

In ganz Europa und natürlich auch in den USA müssen die Menschen wiederum für die Krise des Kapitalismus zahlen, während einige Milliardäre noch mehr Milliarden scheffeln.

Im übrigen haben derzeit, Monate nach den ersten tiefen Auswirkungen der in der USA ausgelösten Weltwirtschaftskrise, in der Reihung der 10 größten Konzerne der Welt (die börsennotiert sind), die 5 größten US-Konzerne an Umsatz und Marktwert gegenüber ihren Konkurrenten noch zugelegt, das heißt, sie sind noch stärker geworden. (Irgendwo müssen ja die Milliarden hingekommen sein, die anderswo fehlen).

**Es ist also nicht so, dass kein Geld da ist, es ist nur falsch verteilt.**

In den letzten 10 Jahren kam es nicht nur in den USA, sondern auch z.B. in Österreich zu einer noch stärkeren Umverteilung von unten nach oben. Das ist so im Kapitalismus. In den 90iger Jahren wurden die meisten Vermögenssteuern in Österreich abgeschafft, noch unter Lacina. Die Erbschafts- u. Schenkungssteuer schaffte Finanzminister Molterer ab. Zur Reduktion der Unternehmenssteuer KÖST von 34% auf 25% kam es unter Finanzminister Grasser. Eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, eine gerechte Besteuerung

der Privatstiftungen (25% der Erträge), eine Einführung einer Vermögenszuwachsbesteuerung und eine Vermögenssteuer auf große Privatvermögen (ab 500 000 €) würde Österreich z.B. an die 5 Milliarden € pro Jahr mehr an Steuereinnahmen bringen. Die Umsetzung der Bildungsreform z.B. 2009 würde ca. 150 Millionen, 5000 Junglehrer ca. 230 Millionen kosten. Die Anhebung der Arbeitslosengeldes von derzeit 55% des letzten Nettogehaltes auf 75% würde

1 Milliarde € kosten. (S. Wall Strasser ÖGB – Bereichsleiter für Bildung u. Zukunftsfragen Oberösterreich.) Das wäre der Beginn einer gewissen Umverteilung von oben nach unten. Wenn wir nicht aktiv werden, wird da kaum was passieren, sondern es geht weiter wie bisher. Nicht wir sollen für die da oben zahlen! Die Krisenverursacher müssen zahlen! Also gilt: **Stoppen wir die Umverteilung von unten nach oben!**

## Die neuen Kolonialherren

Ein kurzer Schock. Betäubung. Entsetzen. Untergang für viele Spekulanten. Die Finanzkrise. Der Krieg der Spekulanten. Die Verluste verstaatlicht. Das bezahlen wir. Die Gewinne privatisiert. Die streifen wieder nur ein paar ein. Wie immer in Kriegen gibt es natürlich auch Kriegsgewinnler. Das Geld ist nicht vernichtet. Es ist nur umgeschichtet. Es wird munter weiter spekuliert. Nach wie vor gibt es Börsenkursnachrichten, so, als ob nichts geschehen wäre. Oben auf der Weltensuppe schwimmen jetzt andere Fettaugen, aber die kaufen jetzt nicht mehr Firmen oder ganze Konzerne, die kaufen jetzt die Welt.

Afrika, von den alten Kolonialherren in den Untergang getrieben, zu einer Randexistenz der Welt gemacht steht wieder zum Ausverkauf. Auf der Suche nach fruchtbarem Ackerland und Profiten zieht es Investoren vermehrt nach Afrika: Der Sudan, der Kongo, Äthiopien, Malawi und Mosambik sind begehrte Ziele.

Von 2005 bis 2009 wurden im Sudan 1,5 Millionen Hektar Land an Ausländer verkauft. 400.000 davon gingen an den Fonds „Jarch Capital“ des ehemaligen Wallstreet-Bankers Philippe Heilberg. Im Kongo haben Ausländer 2,6 Millionen Hektar aufgekauft. Für den Sudan und den Kongo ist nicht berichtet, welche Verwendung für den gekauften Boden vorgesehen ist. Für Äthiopien ist bekannt, dass England große Flächen (ohne Hektar-Angabe) zur Erzeugung von Biotreibstoffprodukten gekauft hat. Staaten, denen es an Agrarflächen mangelt, wie Kuwait, Katar und Saudi-Arabien investieren in großem Stil in Afrika. Allerdings gibt es auch schon Gegenbewegungen: Im April 2009 wollte der Konzern Daewoo halb

Madagaskar aufkaufen, um dort Lebensmittel zu erzeugen. Das Projekt musste zwar abgeblasen werden, aber das Interesse von Investoren an fruchtbarem Land bleibt aufrecht. Die Investmentbank Goldman Sachs und andere haben 500 Millionen Euro in Geflügel- und Schweinefarmen in China gesteckt. Die Reichen kaufen die Armen und machen mit ihnen, was sie wollen.

Und in Europa? Da gibt es ja auch Armenhäuser! „Land kaufen in Bulgarien! Spottbillig, ab 30 Cent pro qm. Höchste Wertsteigerung in der EU!“ preist ein Insert im Internet Land im Osten an. Dabei geht es um kleinere Flächen als in Afrika, aber auch die europäischen neuen Kolonialherren können sich sehen lassen:

Vermögende Ärzte und Unternehmer aus Österreich sind dabei im großen Neo-Kolonialismus und kaufen derzeit vermehrt Weingüter. Andreas Graf Bardeau, Herr auf Schloss Kornberg in der Steiermark besitzt 25.000 Hektar in Rumänien und hat weitere 50.000 gepachtet. Die Esterhazys bewirtschaften mit einem Partner 10.000 Hektar Wald in Rumänien, weitere 10.000 sollen jetzt dazu kommen. Der ehemalige Chef der Hypo Alpe-Adria, Wolfgang Kulterer und Ex-Kika-Chef Herbert Koch wollen 50 Millionen Euro aufstellen und in Osteuropa investieren. Die AGRANA bewirtschaftet in der Ukraine mehr als 1.000 Hektar, wo Erdbeeren, Weichsel und Himbeeren angebaut werden. Die Biodiesel Enns will auf einem 90.000 Hektar großen Gebiet in der Ukraine ein Raps-Projekt aufziehen. Wenn da gesagt wird, dass „die Investitionen in benachteiligte Regionen sicher positiv sind“, trifft das in erster Linie auf die Investoren zu, die aus dem Land ihre Gewinne ziehen und abziehen.

Aber ganz so einfach wird der Deal für die Profiteure nicht werden, wie das Beispiel Madagaskar zeigt oder das geplatzte Projekt der Bundesforste in Russland. 2006 mussten sich die Bundesforste aus einem 176.000 Hektar großen Waldprojekt unter Verlust zurückziehen, weil Russland die Exportzölle

erhöht hatte, damit sein Holz nicht billig außer Landes geschafft werden konnte.

Die Kapitalisten sind wie die vielköpfige Hydra. Wird ihr ein Kopf abgeschlagen, wachsen sieben wieder nach. Aber das wird ihnen nichts nützen, wenn wir solidarisch sind und uns nicht mehr alles gefallen lassen.

## Kernenergie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit

**„Kernenergie ist keineswegs die überzeugende Lösung, als die sie mancherorts angepriesen wird, sie ist offenbar gar keine Lösung. Es besteht somit kein Grund, die österreichische Politik zu revidieren.“**

Dieses Zitat stammt aus dem Vorwort des vormaligen Umweltministers Josef Pröll für die Studie des „Forums für Atomfragen“ über die Möglichkeiten zur Nutzung der Kernenergie. Das „Forum für Atomfragen“, ein wissenschaftliches Beratungsgremium der Österreichischen Bundesregierung, ist in einer über 300 Seiten starken Studie zu dem von Josef Pröll zusammengefassten Schluss gekommen. In der Broschüre, die denselben Titel hat, wie dieser Artikel und die beim Umweltministerium gratis zu beziehen ist (Stubenring 1, 1012 Wien), wird die Frage der Nutzung der Kernenergie von verschiedenen Seiten kritisch und sachlich beleuchtet.

Für uns Atomgegner gibt es in der Studie nicht viel Neues. Wir haben all die Punkte schon seit langem in unseren Aussendungen immer wieder dargestellt und darauf aufmerksam gemacht, dass gewissenlose Geschäftemacher jederzeit bereit sind, sich über die Gefahren der Kernenergienutzung hinwegzusetzen auf Kosten unserer Gesundheit und unseres Lebens. Freilich ist es interessant, manche Details zu erfahren, die unsere Argumentation untermauern. Insofern kann man die Verbreitung dieser Broschüre empfehlen.

Die Fachleute vom „Forum für Atomfragen“ (darunter immerhin Helga Kromp-Kolb und Peter Weish) gehen von der Anforderung bzw. Überlegung aus, dass der Klimaschutz höchste Priorität genießt und dass in absehbarer Zeit kein billiges Öl (Peak Oil) mehr zur Verfügung steht.

Die Diskussion um den Klimaschutz haben viele Politiker, Zeitungsschreiber und die

Geschäftemacher der Atomlobby dazu benutzt, eine Restauration der bereits abgehalfterten Kernenergie zu betreiben.

Aber selbst die UN-Rahmenkonvention und vor allem die EU-Strategie für eine nachhaltige Entwicklung (trotz EURATOM, hört, hört!) fordern, dass politische und gesellschaftliche Antworten auf diese beiden gravierenden Probleme (Klimawandel und Erdölmangel) **nachhaltig** und **umweltverträglich** sein müssen.

**Für die Kernenergie trifft beides nicht zu!** sagt die Studie des „Forums für Atomfragen“.

Liebe KollegInnen! Es ist nicht möglich im Rahmen dieser Aussendung umfassend auf die Studie einzugehen. Dies obliegt dem Selbststudium der Broschüre.

Flashartig sollen nur einige wenige wichtige Punkte beleuchtet werden:

- Selbst unter Außerachtlassung der Möglichkeit von Unfällen ist die Kernenergiegewinnung mit einer Vielzahl von Umweltproblemen und Risiken behaftet. Nur zwei Beispiele: Gesundheitsschädigende Radioaktivitätsfreisetzung im Normalbetrieb und die weltweit ungelöste Problematik der Lagerung von radioaktivem Abfall.
- Durch Kosteneinsparungen unter dem Druck des Energienotstandes und der aktuellen Marktliberalisierung entstehen negative Auswirkungen auf die Sicherheitsstandards, wodurch die Gefahr von Störfällen ansteigt.
- Investitionen in die Kernenergie verzögern Investitionen in nachhaltige umwelt- und ressourcenschonende Energielösungen.
- Die zunehmende Weltbevölkerung, die damit einhergehende Ressourcenverknappung und die ansteigende Verteilungsgerechtigkeit

lassen den Schluss zu, dass es vermehrt kriegerische und terroristische Auseinandersetzungen geben wird, die die Förderung von Technologien und Strukturen, welche die Verwundbarkeit erhöhen, geradezu verbieten. Dem entgegen sollten dezentrale Technologien und Strukturen gefördert werden.

- Auch die von uns immer wieder in der Argumentation angeführte Gefahr, dass dort, wo Kernenergie erzeugt wird, Atomwaffen nicht weit entfernt sind, wird in der Studie als ein reales Szenarium dargestellt.
- Selbst wenn es eine Entscheidung für den Ausbau der Kernenergie als Leitenergieträger geben sollte, würden Ausbaupotential, Kapitalverfügbarkeit und Mangel an geschultem Personal verhindern, dass die Kernenergie ein Beitrag zum Klimawandel und ein Ersatz für knapper werdendes Erdöl sein kann.
- Kernenergie hat bisher keinen wesentlichen Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen geleistet. Würde der Verkehr auf Wasserstoff als Betriebsstoff umgerüstet werden, würde man zur Erzeugung von Wasserstoff eine derartige Menge an Kernkraftwerken benötigen, dass es sinnlos ist, über diese Variante auch nur nachzudenken.
- Neue Technologien im Kernkraftwerksbau haben keinerlei Verbesserung im Hinblick auf Störfälle und Katastrophen gebracht.
- Aber selbst eine Verbesserung der Technologie würde keinen Schutz gegen kriegerische oder terroristische Aktivitäten bieten.
- Die Welturanvorkommen sind begrenzt. Abgesehen davon, dass der Abbau große Verschmutzungen der Fundregionen bringt, kann durch Uran keine längerfristige effektive

Weltenergieversorgung geleistet werden. Damit würde der derzeit einzige bekannte Weg zum Schnellen Brüter und zu einer Plutoniumwirtschaft führen, die bekanntlich mit noch viel größeren Sicherheitsproblemen und Risiken behaftet ist.

- Die Anwendung des Nachhaltigkeitsprinzips bedeutet, dass nach den Grundsätzen der Kostenwahrheit und des Verursacherprinzips die Lasten der Energiegewinnung ausschließlich von jenen Generationen zu tragen sind, die sich ihrer bedienen. Dies schließt den Einsatz der Kernenergie aus.

Wir wundern uns darüber, dass die EU einerseits EURATOM betreibt, andererseits aber auch, wie die Studie anführt, im Verhältnismäßigkeitsgebot des Rechtes der Europäischen Gemeinschaft darauf hinweist, dass der Energiebedarf der jetzigen Generation so gering wie möglich zu halten ist und mit einem möglichst geringen Aufwand an Ressourcen und Eingriffen in die Umwelt zu befriedigen ist.

Wie schon gesagt: Auf alle diese Probleme haben wir oft und oft hingewiesen. Das oben Gesagte ist nur punktuell aus der Studie und nur zum Teil wörtlich zitiert, um den Umfang dieses Artikels nicht zu sprengen.

Auch die „Häufig gestellten Fragen“ am Ende der Studie gehen nochmals auf die angeführten Tatsachen ein und bieten eine kurzgefasste Argumentationshilfe für die Praxis der Diskussion und würden sich weite Verbreitung verdienen.

Unsere Aufgabe wird es sein, unsere Herrschenden daran zu erinnern, dem Urteil der Fachleute zu folgen und „Alternative Energieformen“ zu suchen und zu fördern.

Auf jeden Fall freut es uns, dass jetzt auch die Bundesregierung, zumindest auf dem Papier, mit unseren Bemühungen als entschiedene Atomgegner solidarisch ist, bestärkt durch die Studie des „Forums für Atomfragen der Bundesregierung“.

## Echte Schweinerei?

Wer will schon krank werden? Also ist Gesundheit immer ein gutes Geschäft, denn damit kann leichter als in anderen

Wirtschaftszweigen mit der Angst der Menschen „gearbeitet“ werden. So war es bei SARS, bei der „Vogelgrippe“ und dürfte es jetzt

auch bei der „Schweinegrippe“ sein. Jeder Kranke oder gar Tote ist zuviel! Während eine „normale“ Grippe allein in Österreich nach Schätzungen 2.000 bis 5.000 Tote jährlich fordert, hat die „Schweinegrippe“ weltweit bislang etwa 160 Todesopfer verursacht. Die „Weltgesundheitsorganisation“ WHO hat diese Grippe mittlerweile sogar als Pandemie eingestuft. Selbst die Zeitungen, die diese Panikmache der WHO verbreiten, müssen inzwischen zugeben, dass es sich um ein sehr gutes Geschäft für die Pharmakonzerne handelt. Stellungnahmen der WHO sind offenbar für die Profite der einschlägigen Konzerne förderlich. Nachdem man auf dem Medikament „Tamiflu“ im Zuge der „Vogelgrippe“ sitzen geblieben ist, soll nun die

Pharmaindustrie zu neuen Profiten kommen. Die Entwicklung eines Impfstoffes gegen die „Schweinegrippe“ wird seit dem Frühjahr angekündigt und soll erst im Herbst, bei Anlaufen der „Grippesaison“, zur Verfügung stehen – so der auch diesen Impfstoff produzierende Konzern Baxter. Aber leider wird man dann auch den „normalen“ Grippeimpfstoff zusätzlich nehmen müssen, um geschützt zu sein, so die Ankündigung. Super „Timing“, super Marketing, würde jeder Industrieverkäufer sagen. Übrigens ist das die gleiche WHO, die z. B. nach wie vor behauptet, dass beim Super-GAU von Tschernobyl „nur“ 56 Menschen ums Leben kamen, oder dass die „Handy“-Strahlung unschädlich ist.

## Atomlobby Verflechtung von WHO und IAEA

Es hat einen guten Grund, warum seit dem 26. April 2007 (Tschernobyl-Jahrestag) Menschen Mahnwache vor dem Sitz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf halten. **Seit 1959 bindet nämlich ein Abkommen die Weltgesundheitsorganisation (WHO) an die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA).** Dadurch kann die WHO zum Thema radioaktive Strahlung nicht unabhängig Forschung betreiben, frei Stellung beziehen oder Hilfe leisten. Die IAEA verfolgt gemäß ihrer Statuten das Ziel, „die Nutzung der Atomenergie für Frieden, Gesundheit und Wohlstand in der ganzen Welt zu fördern und zu verbreiten“.

Tatsächlich ist sie aber ein Instrument der Atomindustrie. Die Auswirkungen dieses Abkommens, bei dem die WHO, bevor sie im Nuklearbereich „ein Forschungsprogramm oder eine Maßnahme einleitet“, die IAEA konsultieren muss, um die betreffende Frage „eivernehmlich zu regeln“, wurden zum Beispiel schon am Fall Tschernobyl sichtbar. **Die Protokolle zweier internationaler WHO-Konferenzen (1995 in Genf und 2001 in Kiew) über die Auswirkungen der Atomkatastrophe wurden nie veröffentlicht.** Ein halbes Jahr später, auf einer IAEA-Konferenz, wurde die offizielle Tschernobyl-Bilanz veröffentlicht, von der WHO abgesegnet. Selbst nachdem 2005 die Zahlen nach oben korrigiert wurden, wirkt das

Ergebnis nicht überzeugend: von 32 auf 56 Strahlentote und 4.000 statt ursprünglich 2.000 Krebsfälle. Prüft man diese Zahlen alleine anhand des zugrundeliegenden Berichtes der WHO, stellt man fest, dass die WHO von 8.930 künftigen Todesopfern spricht. Prüft man weiterhin die Quellenangabe des WHO-Berichtes, findet man in der Quelle, dass sogar von 10.000 bis 25.000 zusätzlichen Krebstoten auszugehen ist (laut Ukrainischer Botschaft in Brüssel am 26.4.2004). Wie es zu diesen Differenzen kommt und warum die WHO nicht direkt nach der Veröffentlichung der IAEA protestiert hat, ist ganz klar: Es gibt ein **skandalöses Knebelabkommen aus dem Jahr 1959 zwischen der WHO und der IAEA**, das die WHO daran hindert, unabhängige Entscheidungen zu treffen! Die Leugnung von Strahlenkrankheiten führt unausweichlich zu Versorgungsmängeln. **Epidemiologische Studien über die Ukraine, Weißrussland und die Russische Föderation konstatieren seit der Reaktor-Katastrophe eine signifikante Erhöhung von Krebserkrankungen jeden Typs** (mit Tausenden von Todesfällen), einen **Anstieg der Kindersterblichkeit**, eine **überproportionale Zahl von Deformationen und genetischen Anomalien, Störungen der geistigen Entwicklung**, Blindheit, Erkrankungen der Atemwege, des Herz-Kreislauf-Systems, des Magen-Darm-Trakts, der Harnwege sowie Stoffwechselkrankheiten. In seinem Artikel **„Geheimsache**

**Tschernobyl**“, (Le Monde diplomatique 3/2008), schreibt Alison Katz u.a., dass die WHO an der kurzen Leine der IAEA hängt, weil diese in der WHO ein Veto hat und Aufklärung verhindert. Bereits vier Monate nach Tschernobyl erklärte der Leiter für Reaktorsicherheit der IAEA, Morris Rosen: „Selbst wenn jedes Jahr ein solcher Unfall passieren würde, wäre die Kernenergie für mich weiterhin eine günstige Energiequelle“ (Le Monde, 28.8.1986).

Die Atomlobby ist bei dieser Vertuschung nicht allein: „Jahrzehntelang haben die Lobbys der Tabakindustrie, der Agrar- und Petrochemie die Umsetzung von Gesundheits- und Umweltschutzmaßnahmen blockiert, die ihre Profite bedroht hätten. Doch die Atomlobby ist noch mächtiger: Sie hat die Regierungen der Atomstaaten hinter sich, insbesondere die USA, Großbritannien und Frankreich, sowie mächtige Staaten übergreifende Organisationen. Diese staatlich gesponserte militärisch-industrielle Lobby bringt unentwegt eine Unzahl falscher Informationen in Umlauf.“

Die "Wissenschaft", die Informationen über Atomenergie im Allgemeinen und über die Katastrophe von Tschernobyl im Besonderen liefert, ist bei der Frage nach dem Gesundheitsrisiko zugleich Richter und Partei. In einem Leitartikel der britischen medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ werden die Universitäten als "regelrechte Unternehmen" bezeichnet, "die ihre

Entdeckungen eigennützig in bare Münze umwandeln (14.4.2001).

Und wie kommt die WHO zu ihren geschönten Zahlen? Durch Vertuschung, Verschweigen oder durch getürkte Studien: Etwa werden „Studien nach zehn Jahren abgeschlossen, damit die Langzeitmortalität und -morbidity nicht mehr erfasst werden muss. Ein Krebspatient, der fünf Jahre überlebt hat, wird als geheilt definiert“, usw. ...

„Zwischen 1950 und 1995 ist in den USA die jährliche Rate neuer Krebserkrankungen jeden Typs um 55 Prozent gestiegen, wie das Nationale Krebsinstitut festgestellt hat. Ähnliche Tendenzen wurden auch in Europa und allen industrialisierten Ländern beobachtet. 75 Prozent dieser Neuerkrankungen gehen auf das Konto von Krebsarten, die nicht von Nikotinkonsum herrühren. Aber angeblich ist die erhöhte Krebsrate nur auf die verbesserte Diagnostik oder die insgesamt höhere Lebenserwartung zurückzuführen.“

Am Funktionieren dieses menschenverachtenden Karussells, trägt die Politik eine erhebliche Mitschuld: „The Lancet“ meint: "Die Regierungen haben auf nationaler und regionaler Ebene immer wieder ihre Pflicht vernachlässigt, die Interessen ihrer Bevölkerung über den Profit zu stellen." (14.4.2001)

(Quellen: Wiener Plattform „Atomkraftfrei Zukunft“ 2/09, Alex Rosen, "Effects of the Chernobyl Catastrophe - Literature Review", Düsseldorf 2006, PLAGE; Alison Katz, „Geheimsache Tschernobyl“, Le Monde diplomatique 3/2008)

## AUA

### Bezahlte Irreführung

Unter der sinnigen Bezeichnung „Freunde der AUA“(?) wurde im April in den Medien ein Inserat geschaltet, das den Lesern einreden sollte, dass es besser sei für die AUA und deren restliche Aktionäre, mit der Lufthansa zu kooperieren, als „alleine“ zu bleiben. Zuvor hatte ÖIAG-Chef Michaelis die Angst verbreitet, dass die AUA ohne Lufthansa zur „Vienna-Air“ verkommen würde. Und jetzt sollen alle nach Brüssel starren wie das Kaninchen auf die Schlange, ob die EU „grünes Licht“ für den Deal gibt. Vergessen werden soll, dass die Lufthansa die AUA um den Preis eines Einfamilienhauses (363.000 Euro) in den Rachen geschoben bekommt. Da es schon jetzt Überschneidungen im

Flugnetz von AUA und Lufthansa gibt, die AUA somit ein lästiger Konkurrent ist, wird bei einer Fusion wohl der kleinere „Partner“ erst recht zu einer „Vienna-Air“ zusammengestutzt werden. Dieses Spiel wurde ja schon beim Schlucken der Swissair durch die Lufthansa vorexerziert. Das alles geht auf Kosten der AUA-Beschäftigten und der Steuerzahler. Aber wer liest schon das Kleingedruckte – so stand doch neben dem erwähnten Inserat ohnehin „bezahlte Anzeige“. Also: Wer zahlt schafft an, gilt hier auch für die „Information“. Bei der AUA scheint das umgekehrt zu sein als im „normalen“ Wirtschaftsleben: hier zahlten die Steuerzahler für die Pleite von Lauda-Air, hier zahlen die Steuerzahler für den Ausverkauf an

die Lufthansa und das ganze wird dann als „Verlust“ der AUA hingestellt – wie schon bei Voest, Post oder Telekom. Und die Politiker aller Parteien und Farben schauen zu und halten still.

Doch die angebliche „horrenden AUA-Verluste“ sind nur ein Vorwand und wurden direkt gemacht.. In Wirklichkeit ging es bei der AUA darum, künstlich ein Krisenbild zu inszenieren, sodass die Lufthansa als „Retter“ und die ÖIAG- und AUA-Manager als „Versager“ hingestellt werden konnte. Doch die ÖIAG- und AUA-Manager betrieben dieses Spiel mit Zahlen absichtlich und nicht aus Dilletantismus. So wurde im Gegensatz zu anderen Fluglinien 2007 und 2008 das damals sehr wohl noch vorhandene Geld u.a. nicht dafür verwendet damals noch billige Treibstoffreserven anzulegen. Stattdessen kaufte man das dann horrend teuer werdende Kerosin am „freien“ Markt ein. Oder es wurden zuletzt durch entsprechende „Bilanzpflege“ 475 Millionen AUA-Verluste in

die Quartalsbilanz geschrieben. Zudem dienten als Vorwand die sog. internationalen Bilanzierungsregeln. Ohne deren Anwendung hätte die AUA nur ein Viertel der angegebenen „Verluste“. Ergebnis: Die Lufthansa erhält die knapp 42 % AUA-Staatsanteil um etwa mehr als 363.000 Euro, und den Rest um ca. 4,- Euro je Aktie, was weit unter dem vor der Krise liegenden langjährigen Kurs von etwa 7,- Euro je Aktie liegt. Die AUA- und ÖIAG-Manager, die eng mit deutschen Firmen (Siemens, Mannesmann usw.) verbunden waren oder sind, sind für die Lufthansa ihr Geld wert. Damit die Lufthansa „gnädig“ ist und die so „marod“ geredet und gemachte AUA übernimmt, sollen aus dem Budget, also durch die Steuerzahler, noch zusätzlich 500 Millionen hinein gesteckt werden. Statt das Geld für die Sicherung einer eigenständigen AUA zu verwenden, wird das Geld dafür missbraucht, die AUA-Braut heraus zu putzen für den Ausverkauf an die Lufthansa, die die oben skizzierten Kürzungspläne mit der AUA vor hat.

## Das Letzte

### **Schweinegrippe oder Schweinekrise?**

Wie sagte uns ein Teilnehmer an einer Demonstration beim Flugblattverteilen: es gibt keine „Schweinegrippe“, nur eine „Schweinekrise“ – die Krise, die die „Schweine da oben“ verursacht haben.

### ***Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!***

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung und AKW-Bau. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.**

*Mit kollegialen Grüßen,  
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

**Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000** - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

**Kontaktadresse:** Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) Homepage: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)